

Wetzlar, 21.02.2022

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	7/2021-2026
Datum	07.02.2022
Sitzungsbeginn	13:30
Sitzungsende	18:00
Ort	Saal 1 und 2, Brühlsbachstr. 2 b, 35578 Wetzlar

Teilnehmende

Kreistagsvorsitzender

Volkmann, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter - Dezernent-

Prof. Dr. Danne, Harald Schreiber, Heinz

CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike Bender, Matthias Braun, Carsten Deusing, Kevin Herr, Christoph Alexander Irmer, Hans-Jürgen Krämer-Bender, Rabea Lenzer, Carmen Müller, Armin Müller, Leo Panten, Sascha Petersen, Nicole Schäfer, Lisa Schumacher, Silke Prof. Dr. Silbe, Katja Sommer, Sabine Steinraths, Daniel Steinraths, Frank

SPD-Fraktion

Beimborn, Regina Böcher, Jan Moritz Breustedt, Michelle Egler, Beatrix Fay, Anja Glade-Wolter, Cornelia Grüger, Stephan Hartert, Holger Inderthal, Frank Kunz, Cirsten Lemler, Heinz Polat, Murat Rauber, Heinz Schäfer, Mechthild Schmidt, Ingrid Scholl, Stefan Weppler, Elke

B9o/Die Grünen

Biermann, Andrea Brockhoff, Sebastian Dworschak, Reiner Garotti, Dorothea Green, Emely Hartmann, Lukas Klement, Martina Dr. Rinn, Karin Dr. Sattler, Daniel Strehlau, Petra Zühlsdorf-Gerhard, Carmen

FWG-Fraktion

Dr. Blöcher-Weil, Johannes Boch, Dunja Esch, Gudrun Fuchs, Hans-Werner Lefèvre, Christa Ludwig, Jörg Peller, Michael Dr. Viertelhausen, Andreas

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz Gottsmann, Thomas Jakisch, Rudolf Georg Mulch, Lothar Niggemann, Andrea Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Benner-Berns, Anna-Lena Berns, Wolfgang Dr. Büger, Matthias Dette, Wolfram

DIE LINKE

Knies, Hans-Horst Ohnacker, Christiane Zborschil, Tim

fraktionslos

Hantusch, Thassilo Harapat, Dominic Wagner, Steffen

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Betz, Karin
Droß, Steffen
Hardt, Kerstin
Horne, Eberhard
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Müller, Elisabeth
Nickel, Diethelm
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

Müller, Katja

es fehlt entschuldigt

Bender, Anna-Lena

Budde, Heiko

Engel, Jürgen

Hermann, Jacqueline Carina

Hofmann, Kristin

Hundertmark, Michael

Dr. Marien, Jan

Müller, Jörg Michael

Dr. Rauber, David

Schönwetter, Tim Döpp, Ronald

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

TOP 2.

Fragestunde

TOP 3.

Wahl von sachkundigen Personen in die Frauen- und Gleichstellungskommission

TOP 3.1

Wahl einer sachkundigen Person als Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag des Arbeitskreises der in der Freien Wählergemeinschaft organisierten Frauen

TOP 3.2

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Fraktion

TOP 4.

Bericht zum Frauenförderplan zu dem Stand 31. Dezember 2020; Berichtszeitraum 2018-2020 (MI-36/2021)

TOP 5.

Dringlichkeitsantrag: Zur Verfügungstellen von FFP2-Masken für Schülerinnen und Schüler im Lahn-Dill-Kreis

Antrag der Fraktionen SPD, FWG, B90/Die Grünen und FDP vom 02.02.2022 (A-11/2022)

TOP 6.

Grundschule Waldgirmes Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021 (A-14/2021)

TOP 7.

Klimanotstand Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.07.2021 (A-18/2021)

TOP 8.

Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes Antrag der CDU-Fraktion vom 28.07.2021 (A-33/2021)

TOP 9.

Hochwasserschutz für die Bevölkerung Antrag der Fraktionen SPD, B9o/Die Grünen, FWG und FDP vom 16.08.2021 (A-24/2021)

TOP 10.

Vorrang des Sachleistungsprinzips bei zur Ausreise verpflichteten Ausländern Antrag der AfD-Fraktion vom 19.08.2021 (A-23/2021)

TOP 11.

Brandschutz Werner-Best-Haus Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2021 (A-26/2021)

TOP 12.

Fair Trade Produkte Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2021 (A-28/2021)

TOP 13.

Sachstandsbericht Wertstoffhöfe Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2021 (A-29/2021)

TOP 14.

Informationsfreiheitsgesetz Antrag der CDU-Fraktion vom 23.08.2021 (A-34/2021)

TOP 15.

Migration aus Afghanistan Antrag der AfD-Fraktion vom 10.09.2021 (A-36/2021)

TOP 16.

Einrichtung einer Kinder- und Jugendvertretung im Lahn-Dill-Kreis Antrag der Fraktionen SPD, B9o/Die Grünen, FWG und FDP vom 04.10.2021 (A-37/2021)

TOP 17.

Einrichtung eines Kreisarchivs Antrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2021 (A-38/2021)

TOP 18.

Entschädigungssatzung Antrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2021 (A-39/2021)

TOP 19.

Parteipolitische Neutralität der Koordinierungs- und Fachstelle in der Partnerschaft für Demokratie Wetzlar / Lahn-Dill Antrag der AfD-Fraktion vom 14.11.2021 (A-40/2021)

TOP 20.

Kommunale Impfstellen Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2021 (A-1/2022)

TOP 21.

Dezentrale Unterbringung Migranten Antrag der AfD-Fraktion vom 03.12.2021 (A-2/2022)

TOP 22.

Presseerklärungen des Landrats Antrag der AfD-Fraktion vom 30.12.2021 (A-3/2022)

TOP 23.

Kostenlose Menstruationsprodukte Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 16.01.2022 (A-4/2022)

TOP 24.

Petition der Elternbeiräte Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2022 (A-5/2022)

TOP 25.

Anschreiben Freikirchen Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2022 (A-6/2022)

TOP 26.

Verbesserung der Bedingungen im Wartebereich der Führerscheinstelle in Wetzlar Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2022 (A-7/2022)

TOP 27.

Verbesserung des Bürgerservice durch Ausweitung der Online-Terminreservierung Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2022 (A-8/2022)

TOP 28.

Seniorenbeirat Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2022 (A-9/2022)

TOP 29.

Radwegekonzept Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2022 (A-10/2022)

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 7. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Heinz Schreiber und Prof. Dr. Harald Danne und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt er den Vertreter der Medien, Herrn Jörgen Linker, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer.

Vorsitzender Volkmann (CDU) beglückwünscht die Abgeordnete Schmidt (SPD) zu ihrem Geburtstag und überreicht einen Blumenstrauß.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung sei mit Schreiben vom 20. Januar 2022 form- und fristgerecht eingeladen worden. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden. Ein Teil der Abgeordneten habe die Beratungsunterlagen auf eigenen Wunsch digital erhalten. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 3. Februar 2022 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 26. Januar 2022 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass die antragstellende CDU-Fraktion den Antrag unter TOP 19 "Kommunale Impfstellen" für erledigt halte und zurückziehe. Der Tagesordnungspunkt entfalle somit.

<u>Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, B9o/Die Grünen, FWG und FDP "FFP-2 Masken für Schülerinnen und Schüler im Lahn-Dill-Kreis"</u>

Abgeordneter Ludwig (FWG) spricht für die Dringlichkeit. Er spricht von einem Zeitfenster von zwei bis drei Monaten, in denen es sinnvoll erscheine, mit der vorgeschlagenen Maßnahme etwas für den Infektionsschutz zu erreichen. Dies sei besonderes für diejenigen wichtig, die keinen direkten Zugang zu Masken hätten. Über diesen Antrag müsse daher kurzfristig entschieden werden.

Für eine Gegenrede zur Dringlichkeit gibt es keine Wortmeldungen. **Vorsitzender Volkmann (CDU)** lässt daher über die Dringlichkeit abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

Ja-Stimmen: 65 (19 CDU, 17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 3 fraktionslos)

Nein-Stimmen: 1 (AfD) Enthaltungen: 5 (AfD)

Damit werde der Antrag für dringlich erachtet und nach den Verwaltungsvorlagen als neuer TOP 5 aufgerufen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden um einen Zähler nach hinten verschoben.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Sie gilt somit als genehmigt.

Zu TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses

Jahresrechnung 2021

Landrat Schuster (SPD) berichtet von einem Planüberschuss im Haushalt 2021 i. H. v. 242.416 €. Eine vorläufige Hochrechnung des Jahresergebnisses 2021 habe in der Ergebnisrechnung ergeben, dass man eine knappe halbe Million über dem Plan liegen werde.

Einladung zu einer Debatte "Corona"

Landrat Schuster (SPD) berichtet von einer offenen Einladung zu einer Coronadebatte, die an ihn selbst, den Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar sowie an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Lahn-Dill-Kreises gegangen sei. Die Einladung sei infolge der Demonstrationen in einem öffentlichen Brief gegenüber den kommunalen Stellen ausgesprochen worden. Im Bereich der Pandemiebekämpfung habe man keine lokalen Anordnungen oder Allgemeinverfügungen erlassen, sondern setze stattdessen die Verordnungen des Landes Hessen und der Bundesrepublik Deutschland um. Hierauf habe er einen Eid geschworen. Nach Rücksprache mit dem Oberbürgermeister sowie dem Sprecher der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern lehne man es ab, an einem Runden Tisch darüber zu verhandeln, Gesetze nicht oder teilweise nicht umzusetzen.

<u>Pandemiegeschehen</u>

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) berichtet von 8.618 Infizierte der Kategorie 1 im Lahn-Dill-Kreis. Die Veränderung über das Wochenende liege bei +1.647. Die Inzidenz betrage 14.680. Positiv merkt er an, dass die Auswirkungen auf das Gesundheitswesen derzeit gering seien. Man habe aktuell keine an Covid-19 erkrankten Personen auf den Intensivstationen.

Zwischenbericht Impfgeschehen

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) teilt mit, dass am 3. Februar 1.358 Impfungen für Kinder stattgefunden hätten. Vom 01.10.2021 bis 30.01.2022 seien in den Impfambulanzen des Lahn-Dill-Kreises mit dem Vertragspartner, DRK-Dillkreis, und den mobilen Impfteams insgesamt 45.694 Impfungen, davon Erstimpfungen 13.358, Zweitimpfungen 2.569 und Drittimpfungen 26.767 vorgenommen worden.

Vertragsverlängerung

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) berichtet von der geplanten Vertragsverlängerung mit dem DRK Dill-Kreis für die Zeit vom 01.04. bis 30.09.2022, mit der man sich in der kommenden Kreisausschusssitzung beschäftigen werde.

Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

Maskenpflicht

Vorsitzender Volkmann (CDU) erinnert, dass die Maskenpflicht erweitert auch an den Sitzplätzen gelte, sofern man nicht einen Redebeitrag halte oder ein Getränk zu sich nehme. Aus Arbeitsschutzgründen sei man im Ältestenrat überein-gekommen, regelmäßige Lüftungspausen einzulegen.

Zu TOP 2.

Fragestunde

Frage und Zusatzfrage des Abgeordneten Hantusch (fraktionslos):

Abgeordneter Hantusch (fraktionslos) fragt:

- 1. Welche Auswirkungen wird das voraussichtlich auf das Gesundheitssystem im LDK haben?
- 2. Zusatzfrage: Gibt es Pläne, um einen möglichen Notstand zu verhindern?

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) antwortet:

"Uns erreichen zahlreiche Anfragen zur Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht (SARS-CoV-2). Aufgrund der noch ausstehenden Klärung auf Landes- und Bundesebene zur genauen Umsetzung bzw. fehlender Vollzugshinweisen für die unteren Gesundheitsbehörden können wir uns noch nicht abschließend äußern. Wir als Kreis plädieren für eine einheitliche Linie in Bund und Land. Eine Aussage zur genauen Größe der betroffenen Gruppe können wir erst treffen, wenn uns die fehlenden Nachweise nach IfSG § 20a ab dem 16.03.2022 gemeldet werden.

Die Zahl der Betroffenen ab dem 16.03.2022 ist abhängig von der aktuellen Infektionslage bzw. dem weiteren Verlauf der Omikronwelle und vorrausichtlich auch abhängig von der Einführung des Novavax-Impfstoff Nuvaxovid. Bei der aktuellen Dynamik des Geschehens wird sich die Immunitätslage in der betroffenen Gruppe bis zum März noch verändern, daher ist eine aktuelle Abfrage nicht sinnhaft.

Vorrangig, so auch seitens des HMSI gewünscht, werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus medizinischen und pflegerischen Einrichtungen, welche unter die einrichtungsbezogene Impfpflicht fallen, mit Novavax versorgt. Hierzu haben wir bereits Bedarfsabfragen in Alten und Pflegeeinrichtungen, sowie bei besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe, als auch bei ambulanten Pflegediensten und Kliniken vorgenommen.

Die letztlichen Entscheidungen der Gesundheitsämter zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht werden abhängig von der vorherrschenden Lage, anhand der hoffentlich vorliegenden landeseinheitlichen Vollzugshinweise und mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit getroffen werden.

Die Entscheidungen könnten zum Beispiel bestimmte Auflagen an den Arbeitgeber oder Arbeitnehmer bedeuten. Das Aussprechen eines Betretungs- oder gar Tätigkeitsverbot stellt hier eine hoffentlich seltene Ultima Ratio dar."

Frage und Zusatzfrage der Abgeordneten Hermann (AfD)

Abgeordneter Mulch (AfD) fragt stellvertretend für die Abgeordnete Hermann (AfD):

- 1. Wie ist die derzeitige Kostenentwicklung der aktuellen Bauvorhaben des Lahn-Dill-Kreises?
- 2. Zusatzfrage: Mussten Fertigstellungstermine aktueller Bauvorhaben aufgrund der Kostenentwicklung angepasst werden?

Landrat Schuster (SPD) teilt mit, dass man über Kreisstraßen noch nicht berichten könne, da in diesem Jahr noch keine Ausschreibungen erfolgt seien. Hinsichtlich des Erweiterungsbaus am Karl-Kellner-Ring am Buderusplatz teilt er mit, dass der Rohbau für den Rundbau als Bürogebäude und für das Parkhaus submittiert sei. Das Submissionsergebnis liege um 21,3 % über der Kostenberechnung (ca. 1 Mio. €). Man habe im Kreisausschuss Kompensationsmaßnahmen ergriffen und werde noch Fördermittel für energetische Maßnahmen i. H. v. 680.000 € erhalten, die noch nicht berücksichtigt seien. Derzeit werde das Bauvorhaben mit Kosten i. H. v. 16,1 Mio. € kalkuliert und man liege mit ca. 208.000 € über dem Budget. Im Zuge der weiteren Ausschreibungen sei mit weiteren Änderungen zu rechnen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) berichtet von einer Reihe von Projekten, die verschoben bzw. nicht begonnen worden seien. Dies wisse man aus der Haushaltsdebatte. Daher habe man nur wenig konkrete Beispiele für aktuelle Ausschreibungen mit deutlich erhöhten Submissionsergebnis. Er nennt die Ausschreibung für das Betreuungshauses in Frohnhausen und verschiedene Gewerke für den Bau der Theodor-Heuss-Schule. In den Ende 2020 und Anfang 2021 erstellten Kostenberechnungen habe es in allen Gewerken Erhöhungen im Bereich von 10% bis 25% gegeben. Insbesondere Zimmerarbeiten (24 %) und Wärmedämmverbundsysteme (26 %). Insgesamt zeichne sich eine Stabilisierung auf hohem Niveau ab. Aufträge, die vor dem Sommer 2021 vergeben worden seien, seien schwer durchzusetzen. Die Preisentwicklung der Materialien und deren mangelnde Verfügbarkeit stellten für die ausführenden Firmen ein Problem dar. Daher sei ein kontinuierlicher und geregelter Bauablauf in vielen Fällen nicht mehr gegeben.

Bauzeitverzögerungen seien unumgänglich und häuften sich. Aufgrund fehlender Fassadenbleche könne z. B. die Holzfassade an der Theodor-Heuss-Schule nicht montiert werden. Man werde in der kommenden Bauausschusssitzung detaillierter berichten.

Zu TOP 3.

Wahl von sachkundigen Personen in die Frauen- und Gleichstellungskommission

Vorsitzender Volkmann (CDU) erinnert, dass man die Wahl der sachkundigen Personen für die Frauen- und Gleichstellungskommission bereits am 13. September vorgenommen habe. Nun seien zwei Nachwahlen fällig. Frau Gudrun Esch habe am 22. Oktober ihr Mandat als sachkundige Person in der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag des Arbeitskreises der in der FWG organisierten Frauen niedergelegt. Es sei eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger zu wählen. Weil der Kreisausschuss am 24. November beschlossen habe, dass auch die AfD-Frauenorganisation ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied als sachkundige Person in die Kommission entsenden könne, seien auch diese Positionen nachzubesetzen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) habe beide Wahlen offen abstimmen lassen wollen. Seitens der AfD-Fraktion sei jedoch mitgeteilt worden, dass man der offenen Abstimmung widerspreche und geheime Wahl wünsche. Die Wahlen beider Tagesordnungspunkte würden daher verbunden und geheim durchgeführt. Es sei ein Wahlvorstand zu bilden. Er bittet alle Fraktionen um Benennung eines Vertreters für den Wahlvorstand. Er fragt den Kreistag und die Mitglieder des Wahlvorstandes nach Einverständnis, dass man parallel zur Auszählung in der Tagesordnung fortfahren könne. Der Kreistag und die Mitglieder des Wahlvorstandes erheben zu dieser Verfahrensweise keinen Einspruch.

Abgeordneter Mulch (AfD) möchte etwaigen Vorwürfen, seine Fraktion verzögere die Arbeit im Kreistag, zuvorkommen und erklärt, dass eine offene Abstimmung aller zu wählenden Personen in einem Wahlvorgang nicht möglich gewesen sei. Daher fordere man nun die geheime Wahl.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass folgende Wahlvorschläge vorliegen würden:

<u>Sachkundige Person auf Vorschlag des Arbeitskreises der in der FWG organisierten Frauen:</u>
Pfeiffer-Scherf, Renate

<u>Sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:</u> Zeißig, Renate

<u>Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:</u> Müller-Rech, Irene

Vorsitzender Volkmann (CDU) bittet den Wahlvorstand, die Wahlen durchzuführen. Im Anschluss schließt er den Wahlvorgang und verkündet das Wahlergebnis:

Sachkundige Person auf Vorschlag des Arbeitskreises der in der FWG organisierten Frauen:

Abstimmungsergebnis für Pfeiffer-Scherf, Renate

Ja-Stimmen: 59 Nein-Stimmen: 4 Stimmenthaltungen: 7

Sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:

Zeißig, Renate Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 34 Stimmenthaltungen: 11 Ungültige Stimmen: 3

Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass der Abgeordnete Mulch (AfD) ihn informiert habe, dass hinsichtlich der Schreibweise der vorgeschlagenen stellvertretenden sachkundigen Person ein Fehler auf dem Stimmzettel vorliege. Es müsse richtig heißen: Frau Irene Müller-Rein. Der Fehler sei bei der Übermittlung des Wahlvorschlages entstanden, der seitens der AfD-Fraktion handschriftlich eingereicht worden sei. Vorsitzender Volkmann (CDU) erklärt daraufhin diese Wahl für ungültig. Er lässt die Wahl wiederholen und fragt, ob eine Wahl durch Handaufheben durch den Kreistag möglich sei. Da niemand widerspricht, lässt er offen abstimmen:

Abstimmungsergebnis für Müller-Rein, Irene:

Ja-Stimmen: 24 Nein-Stimmen: 42 Enthaltungen: 4

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass Frau Renate Pfeiffer-Scherf damit als sachkundige Person gewählt sei. Die seitens der AfD-Fraktion vorgeschlagenen Personen seien nicht als sachkundige Person bzw. stellvertretende sachkundige Person gewählt worden. Die Positionen würden daher zunächst unbesetzt bleiben.

Zu TOP 4.

Bericht zum Frauenförderplan zu dem Stand 31. Dezember 2020; Berichtszeitraum 2018-2020 MI-36/2021

Landrat Schuster (SPD) stellt fest, dass die Verwaltung mehrheitlich weiblich sei. Die Anstrengungen, Führungspositionen mit Frauen zu besetzen, würden sich jährlich verbessern. Durch die Pandemie hätte sich die Zahl der befristeten Einstellungen im Bereich der Abteilung Gesundheit erhöht. Ziel, sei es Frauen und Männer gleichberechtigt zu beschäftigen und zu fördern. Er bietet an, den Frauenförderplan, an dem die Frauen- und Gleichstellungskommission maßgeblich mitgewirkt habe, in einem Ausschuss zu besprechen.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) lehnt die Begrifflichkeit "Frauenförderplan" ab. Es müsse Gleichstellungsförderplan heißen, da Männer und Frauen gleichermaßen zu fördern seien. Das Ergebnis des Frauenförderplans sehe sie hinter sich und meint damit die ausschließlich männlich besetzte Verwaltungsspitze. Dies zeige, dass es seitens der Koalition versäumt worden sei, die eigenen, propagierten Ziele umzusetzen und für mehr Frauen in Führungspositionen zu sorgen. Dies zeige sich auch bei den Leitungsstellen unterhalb der Dezernenten. Im Vergleich zum Beschäftigungsanteil von Frauen in der Verwaltung (70 %) seien Frauen in Führungspositionen sogar massiv unterrepräsentiert, so dass die Einstellungspolitik des Landrates auch aus den eigenen Reihen kritisiert werde. Gleichstellung bedeute gleiche Bezahlung für gleiche Leistung und gleiche Chancen und Strukturen. Die Anzahl der Befristungen aller Beschäftigten sei da nicht zufriedenstellend (17 % gegenüber 7 % im Bundesschnitt), denn gerade Frauen würden häufig in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt (Frauenanteil 2018: 70 %, 2021: 75 %) und hätten damit weniger Sicherheit. Was die Bezahlung angehe, so seien nur wenige Frauen in den Besoldungsgruppen des gehobenen oder höheren Dienstes zu finden. Sie sehe Nachholbedarf in der Beförderungskultur und in der Frauenpolitik insgesamt.

Abgeordnete Breustedt (SPD) führt aus, dass 60 % der Beamtinnen und Beamten weiblich seien und 89 % der teilzeitbeschäftigten Beamten und Beamtinnen. Die Folge seien geringere Einzahlungen in die Rente. Diese vorwiegend weiblich besetzten Stellen würden aber auch mehr von

Frauen nachgefragt. Bei den Azubis sehe der Frauenanteil mit 77 % gut aus. Bei den Bediensteten in Führungs- und Leitungspositionen, einschließlich der stellvertretenden Fachdienstleitungen, habe man beim Lahn-Dill-Kreis eine Frauenquote von 49 %. Diese sei im Berichtszeitraum sogar noch gestiegen, so dass sie vom Ende einer Ära ausgehe. Vertretungsfunktionen würden zur Wahrnehmung von Führungsverantwortung auch gezielt Frauen übertragen. Im Bereich der Ausbildungsberufe würde dort, wo Frauen unterrepräsentiert sind, gezielt ausgeschrieben, dass Interesse an einer Erhöhung des Frauenanteils in diesem Bereich bestehe. An die CDU-Fraktion gerichtet erinnert sie an die Bundesministerin für Familien-, Senioren-, Frauen- und Jugendförderung, die aktiv die Einführung einer Frauenquote blockiert habe. Bei der CDU-Kreistagsliste liege die Frauenquote sogar nur auf Platz 10.

Abgeordnete Beimborn (SPD) freut sich darüber, dass sich erstmalig im Kreistag zwei Frauen sehr engagiert zum Frauenförderplan geäußert hätten. Sie weist auf die Zusammenarbeit und die enge Abstimmung in der Frauen- und Gleichstellungskommission auch mit den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hin, auf die Frauen im Kreistag parteiübergreifend großen Wert legten. Nur auf diese Weise könne eine Verbesserung der Situation und Weiterentwicklung im Lahn-Dill-Kreis erreicht werden, auf die beide Vorrednerinnen richtigerweise hingewiesen hätten. Sie warnt davor, gegeneinander zu arbeiten.

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) weist auf einen Vorgang aus September 2012 hin, wo die Kreisregierung die Möglichkeit gehabt habe, mit Anke Hartmann eine Frau in eine Führungsposition zu bringen. Dies sei damals mit 38 zu 37 Stimmen nicht zustande gekommen. Was die CDU-Kreistagsfraktion angehe, so habe Landrat Schuster seinerzeit mit Elisabeth Müller eine starke Gegenkandidatin gehabt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** fest, dass der Frauenförderplan zur Kenntnis genommen worden sei.

<u>Inhalt der Mitteilung:</u>

Der Bericht zum Frauenförderplan (Stand 31. Dezember 2020) wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 5.

Dringlichkeitsantrag: Zur Verfügungstellen von FFP2-Masken für Schülerinnen und Schüler im Lahn-Dill-Kreis

Antrag der Fraktionen SPD, FWG, B90/Die Grünen und FDP vom 02.02.2022 A-11/2022

Abgeordneter Ludwig (FWG) hält das Tragen von Masken für einen wirksamen und sinnvollen Beitrag, das Infektionsgeschehen einzudämmen. Die Größenordnung überschreite den Betrag, den der Kreisausschuss selbst beschließen könne, so dass ein Kreistagsbeschluss notwendig sei. Er geht davon aus, dass auch die Schulgemeinde eine solche Regelung begrüßen werde, da Masken von anderen Stellen, wie z. B. dem Land Hessen, nicht zur Verfügung gestellt würden.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) bewertet den Antrag als positiv, da das Land in dieser Sache nichts unternehme. Die zusätzlichen Kosten für die Maskenbeschaffung, die er auf 50 € pro Monat schätzt, dürften nicht auf die Eltern abgewälzt werden, da einkommensschwächere Familien sich das nicht leisten könnten. Gesundheitsschutz dürfe keine Frage des elterlichen Geldbeutels sein. Da drei Masken pro Woche nicht ausreichten, beantragt seine Fraktion, den Antrag zu ändern und eine Maske pro Schultag sowie Ersatzmasken zur Verfügung zu stellen.

Abgeordneter Mulch (AfD) äußert sich kritisch zur Impfpflicht. **Vorsitzender Volkmann (CDU)** weist darauf hin, dass es um FFP2-Masken für Schülerinnen und Schüler und nicht um die Frage der Impfpflicht an Schulen gehe. **Abgeordneter Mulch (AfD)** sieht in dem Antrag einen Schnellschuss

der Koalition. Er berichtet von Untersuchungsergebnissen von Stiftung Warentest, wonach sich FFP2-Masken für Erwachsene in der Pandemie bewährt hätten. Die Stiftung habe auch 15 Masken geprüft, die eine Eignung für Kinder suggerierten. Wegen des hohen Atemwiderstandes und des geringen Komforts seien sie jedoch nicht für den Dauereinsatz in Schulen geeignet. Besser hätten OP-Masken abgeschnitten, durch die Kinder gut atmen könnten, ohne Schaden zu nehmen. Er halte den Antrag daher in weiten Teilen für ungeeignet. Der Antrag beinhalte zudem Risiken für die Kinder.

Für die Zeit der Wahlhandlung übergibt der Vorsitzende Volkmann (CDU) die Sitzungsleitung an die stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU). Anschließend wird der Wahlvorgang geschlossen.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) führt aus, dass es das gemeinsame Ziel sei, die Schulen im Lahn-Dill-Kreis offen zu halten und Präsenzunterricht zu ermöglichen. FFP2-Masken würden nachweislich Infektionen besser vermeiden, als alle anderen Schutzmaßnahmen. Ausreichend Masken vorzuhalten, solle daher nicht am Geld scheitern. Es gebe dazu eine offizielle Stellungnahme des Kreiselternbeirates, die in Abwägung der unterschiedlichen Möglichkeiten in einem Schreiben an alle Landratsabgeordneten des Lahn-Dill-Kreises darum gebeten hätten, FFP2-Masken als Sofortmaßnahme zur Verfügung zu stellen. Er stellt klar, dass niemand gezwungen werde, FFP2-Masken zu tragen. Das Land habe eine Maskenpflicht an Schulen festgesetzt, die das Tragen von medizinischen Masken weiterhin zulasse. Man schaffe lediglich ein Angebot, das man nicht nutzen müsse. Was die Anzahl der Masken angehe, halte er drei Masken pro Woche für ausreichend, da davon auszugehen sei, dass auch eigene Masken genutzt würden.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) fragt, ob er die beantragte Anzahl von drei Masken für ausreichend halte, während der Kreiselternbeirat fünf Masken gefordert habe. Abgeordneter Dr. Büger (FDP) hält die Anzahl für ausreichend. Wichtig sei, dass jeder Schülerin und jedem Schüler ein solches Angebot zur Verfügung stehe. Es sei davon auszugehen, dass das Angebot nicht an jedem Tag genutzt werde und Masken könnten auch widerverwendet werden. Falls wider Erwarten Mangelfälle auftreten würden, werde man kurzfristig darauf reagieren.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) fragt, ob es nicht sinnvoll sei, sicher zu gehen und genug Masken zur Verfügung zu stellen. **Abgeordneter Dr. Büger (FDP)** hält das beantragte Kontingent für ausreichend. Es reiche bis zu den Sommerferien, aber es sei damit zu rechnen, dass man es bereits früher nicht mehr benötigen werde.

Abgeordnete Ahrens-Dietz (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Forderung des Kreiselternbeirates und somit auch den Antrag der Koalition grundsätzlich unterstütze. Laut Kreiselternbeirat seien aber mehrere Masken pro Tag für Kinder notwendig, was sie aus Erfahrung bestätigen könne. Daher müsse mindestens eine Maske pro Tag für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt werden. Ihre Fraktion wolle daher den Antrag dahingehend ergänzen, dass mindestens fünf Masken zur Verfügung gestellt würden. Vielen Familien falle es schwer, die Kosten für die Beschaffung finanziell zu bestreiten. Gerade in der Grundschule würden Masken oft herunterfallen, so dass mehr Masken zum Austauschen zur Verfügung gestellt werden müssten. Dabei müsse auch auf eine kindgerechte Größe geachtet werden. Allerdings seien noch Fragen offen, wie die Masken beschafft würden und ob ein zeitaufwendiges Ausschreibungsverfahren notwendig sein werde. Weiter stelle sich die Frage der Finanzierung, da im Haushaltsplan keine Mittel für eine Maskenbeschaffung vorgesehen seien.

Abgeordneter Grüger (SPD) führt aus, dass Verordnungen der Landesregierung vorsehen würden, dass Kinder in Schulen Masken tragen müssten. Die Landeregierung kümmere sich jedoch nicht darum, dass die Kinder die Masken auch bekommen würden. Er erwarte daher insbesondere von

den beiden Landtagsabgeordneten im Kreistag, dass sie sich bei der Landesregierung dafür einsetzen, dass die Masken von dort auch bezahlt würden.

Abgeordneter F. Steinraths (CDU) teilt mit, dass das Land bereits Gelder für Hygienekonzepte bereitstelle. Die Fördermittel des Landes, die auf diesem Wege an die Kreise gingen, könnten für diese Dinge eingesetzt werden. Bereits im Rahmen der Diskussionen um Raumluftfilteranlagen habe man darauf verwiesen, sie seien jedoch lange Zeit nicht beantragt worden. Es gehe insgesamt um eine Fördersumme von mehr als 75 Mio. € mit vielen Verwendungsmöglichkeiten.

Abgeordnete Kunz (SPD) geht davon aus, dass die Lehrkräfte so engagiert seien, dass für den Fall, dass Masken fallen gelassen würden, Austauschmasken schon jetzt in den Schulen bereitstünden. Sie finde es gut, dass der Kreis für diesen Zweck jetzt Masken beschaffe. Sie betont, dass man niemand die Masken zwanghaft aufsetzen werde, sondern diese nur zur Verfügung stelle. Für die Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen würden alternativ medizinische Masken vorgehalten. Zu den Förderprogrammen sagt sie, dass der Lahn-Dill-Kreis in Bezug auf die Raumluftfilteranlagen nicht förderfähig gewesen sei. Auch im Landkreis Limburg-Weilburg habe man den Kindern trotz vorhandener Luftfilteranlagen Masken zur Verfügung gestellt, da diese Maßnahme sinnvoll sei.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) gibt zur Kenntnis, dass die Forderung des Kreiselternbeirates nicht originär an den Lahn-Dill-Kreis gerichtet sei, sondern an das Land und die Landtagsabgeordneten. Mit drei Masken könne man mithelfen, da nicht zu erwarten sei, dass jedes Kind das Angebot in Anspruch nehmen möchte. Zu den Luftfiltern sagt er, dass die Inzidenzen der 5-14-jährigen gleich seien, auch wenn Luftfilter eingesetzt würden (RKI Deskboard). Das Tragen von Masken sei dem gegenüber verpflichtend vorgeschrieben und gehöre zur Schülerausstattung. Dazu wolle man etwas beitragen. Es stünden hierfür Gelder aus dem Topf "Hygienemittel an Schulen" zur Verfügung, die jedoch refinanziert werden müssten, zum Teil aus Umlagen.

Abgeordneter Mulch (AfD) trägt vor, dass seine Fraktion für jede Unterstützung von Eltern sei, egal was es koste. Es sei aber nicht verständlich, warum es ausgerechnet FFP2-Masken sein müssten. Aus dem Antrag liest er jedoch, dass für Grundschulkinder neben medizinischen Masken auch FFP2-Masken angeschafft werden sollten. Er verweist dazu erneut auf die Untersuchung der Stiftung Warentest in Bezug auf FFP2-Masken, die speziell für kleine Kinder hergestellt würden, aber nicht geeignet seien.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verliest **Vorsitzender Volkmann (CDU)** die vorliegenden Anträge.

Abgeordneter Irmer (CDU) und der Abgeordnete Knies (DIE LINKE) beanspruchen beide für sich, dass ihr Antrag der weitergehende sei. Der Abgeordnete Irmer (CDU) begründet dies damit, dass fünf Masken gefordert würden, die außerdem kindgerecht sein sollten. Vorsitzender Volkmann (CDU) nimmt dies auf und teilt mit, dass er zunächst über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion abstimmen lassen werde. Auf Nachfrage ergibt sich aus der Mitte des Kreistages gegen diese Vorgehensweise kein Widerspruch. Vorsitzender Volkmann (CDU) tritt daraufhin in die Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen 24 Ja-Stimmen (19 CDU, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos) 47 Nein-Stimmen (17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 8 FWG, 6 AfD, 4 FDP, 1 fraktionslos) o Enthaltungen

Vorsitzender Volkmann (CDU) tritt daraufhin in die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen 5 Ja-Stimmen (3 DIE LINKE, 2 fraktionslos) 46 Nein-Stimmen (17 SPD, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 6 AfD, 4 FDP, 1 fraktionslos) 20 Enthaltungen (19 CDU, 1 B90/Die Grünen)

Schließlich lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Hauptantrag der Fraktionen SPD, B9o/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, für alle Schülerinnen und Schüler an den Schulen im Lahn-Dill-Kreis so schnell wie möglich wöchentlich jeweils drei FFP2-Masken zur Verfügung zu stellen und für die Schülerinnen und Schüler in Grundschulen alternativ auch medizinische Masken vorzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

64 Ja-Stimmen (19 CDU, 17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos) 7 Nein-Stimme (6 AfD, 1 fraktionslos) o Enthaltungen

Zu TOP 6.

Grundschule Waldgirmes Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021 A-14/2021

Abgeordnete Lefe`vre (FWG) berichtet von ausführlichen Informationen durch die Bauverwaltung im Bildungsausschuss. Im Anschluss an die Beratungen sei ein von der FDP-Fraktion eingebrachter Empfehlungsbeschluss getroffen worden.

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) freut sich, dass damit dem Punkt 1 des Antrages entsprochen wurde, mit der Änderung, dass nur eine 50-Meter-Laufbahn zu realisieren sei. Er bedankt sich, dass dafür Haushaltsmittel im Nachtragshaushalt 2020 und 2023 vorgesehen werden sollten. Punkt 2 entfalle nach den Empfehlungen des Bildungsausschusses. Das Thema Schulschwimmen sei für die Grundschule in Lahnau, Waldgirmes sehr wichtig und er gehe davon aus, dass sich der Erste Kreisbeigeordnete, wie angekündigt, darum kümmern werde.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) weist darauf hin, dass der Antrag in Bezug auf eine 75-Meter-Laufbahn aus technischen Gründen nicht umsetzbar sei, da der Platz nicht ausreiche. Der Empfehlungsbeschluss sei, wie unter Ziffer 1 des Mitteilungsblattes aufgeführt, verabschiedet worden. Hinsichtlich des Schulschwimmens habe man darüber gesprochen, dass das Schwimmbad in Waldgirmes über den Winter schließen werde. Die Gemeinde Lahnau habe aber die Möglichkeit, das Schwimmbad auf eigene Kosten zu öffnen. Es habe keinen Beschluss des Lahn-Dill-Kreises gegeben, dass Schülerinnen und Schüler nicht mehr gefahren würden. Wenn die Schule es wolle, sei dies ohne weiteres möglich. Die Verwaltung habe ihre Aufgaben somit zu jeder Zeit erfüllt. Punkt 2 sei als erledigt angesehen worden.

Abgeordneter Dette (FDP) führt aus, dass Schulsport ein wichtiger Faktor sei, um Schülerinnen und Schüler in ihrer Entwicklung zu befördern. Man habe in nahezu allen Grundschulen, zumindest im Hallenbereich, die Möglichkeit, Sport zu betreiben. Im Außenbereich hänge dies stark von der örtlichen Situation ab. Aufgrund der fachlichen Stellungnahme der Bauverwaltung habe man sich auf eine 50-Meter-Laufbahn einigen können. Dafür seien zusätzliche Mittel erforderlich, die im

Rahmen des Nachtragshaushalts bereitgestellt werden könnten. Interne Planungsmaßnahmen könnten bereits im Vorfeld begonnen werden, da hierfür keine zusätzlichen Haushaltsmittel erforderlich seien. Die Möglichkeiten, dass Grundschülerinnen und –schüler ein anderes Schwimmbad in Wetzlar oder der Umgebung nutzen, seien im Ausschuss ausführlich dargelegt worden.

Abgeordneter M. Bender (CDU) regt an, dass man grundsätzlich bei der Neugestaltung von Außenanlagen in Schulen berücksichtige, dass Laufbahnen eingerichtet würden. Bei den Bundesjugendspielen benötige man Laufbahnen, mit nach Alter gestaffelten Längen.

Abgeordnete Esch (FWG) hält es für wichtig, dass Schulsport und damit auch das Schulschwimmen an den Schulen angeboten würde. Jeder solle schwimmen können und das Kultusministerium habe das Schulschwimmen verpflichtend in den Lehrplan aufgenommen. Es würden jedoch immer mehr kommunale Schwimmbäder schließen, weil sie die laufenden Unterhaltungs- und Personalkosten nicht tragen könnten. Wege zum Schwimmunterricht würden dadurch immer weiter, was zu unzumutbaren Situationen für die Lehrer- und Schülerschaft führe. Das Land Hessen beteilige sich an den Kosten über den Kommunalen Finanzausgleich (KFA), der jedoch an alle Kommunen ausgeschüttet werde und nicht nur an diejenigen, die tatsächlich Schwimmbäder unterhielten. Das Förderprogramm SWIM bediene überwiegend stark sanierungsbedürftige Schwimmbäder und nur als Einmalinvestition. Das Land Hessen müsse daher bessere Voraussetzungen für das Schulschwimmen schaffen und es nicht allein den Kommunen überlassen.

Abgeordneter Irmer (CDU) sieht Übereinstimmung in der grundsätzlichen Bedeutung des Schulschwimmens. Er sehe die Gemeinde nicht als allein Schuldige hinsichtlich der Öffnung des Hallenbades in den Wintermonaten an, da es einen Zweckverband zwischen Lahnau und Wetzlar gebe. Es sei ratsam an, dass sich beide Städte zusammensetzen, um Öffnungszeiten in den Wintermonaten zu erreichen. Zur geforderten Förderung durch das Land verweist er auf die bestehende Verpflichtung des Schulträgers, für die Kinder in seinem Zuständigkeitsbereich etwas zu machen. Hessen sei bundesweit das einzige Land, dass bereits Schwimmbadförderprogramme aufgelegt habe. Er nennt die Programme HAI und SWIM.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion in Form des Empfehlungsbeschlusses des Bildungsausschusses abstimmen:

Beschluss:

- 1. Der Kreisausschuss wird gebeten, zu prüfen, zu welchen Kosten und in welcher Spezifikation eine 75 Meter lange Laufbahn mit Sprunggrube an der Ostseite der Grundschule in Lahnau-Waldgirmes errichtet werden kann. Dem Kreisausschuss wird empfohlen, eine 50 Meter lange Laufbahn mit Sprunggrube an der Ostseite der Grundschule in Lahnau-Waldgirmes zu errichten und die entsprechenden Mittel im Nachtragshaushalt für die Jahre 2022/2023 vorzusehen.
- 2. Der Kreisausschuss wird ferner gebeten, zu prüfen, inwieweit wieder ganzjährig Schwimmunterricht für die Schüler der Grundschule Waldgirmes angeboten werden kann, nachdem der Kreis aus der Nutzung des Biebertaler Bades aufgrund der Fahrtkosten ausgestiegen ist. Diese Prüfung beinhaltet einerseits die Wiederaufnahme der Fahrt nach Biebertal, anderseits die verstärkte mögliche Nutzung des Lahnauer Hallenbades oder anderer Bäder im Umkreis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, o Enthaltungen

Zu TOP 7.

Klimanotstand

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.07.2021

A-18/2021

Vorsitzender Volkmann (CDU) erinnert, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits in der letzten Kreistagssitzung mit mehr als einer Stunde ausführlich besprochen worden sei. Er bittet daher, sich kurz zu fassen. Er verweist auf den vorliegenden Ursprungsantrag der Fraktion DIE LINKE und den Änderungsantrag der Fraktion B9o/Die Grünen, der durch die antragstellende Fraktion übernommen worden sei. Der Hauptantrag sei somit hinfällig. Neu hinzugekommen sei ein Alternativantrag "Klimanotlage" der Fraktionen SPD, B9o/Die Grünen, FWG und FDP.

Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen) teilt mit, dass man nach langer Beratung nun einen Weg gefunden habe, den man als Koalition gehen könne. In dem gemeinsamen Änderungsantrag verwende man den Begriff "Klimanotlage", da der Begriff "Klimanotstand" vielfach mit den Notstandsgesetzen in Verbindung gebracht werde. Eine Klimanotlage definiere sich als eine Situation, in der dringend gehandelt werden müsse, um den Klimawandel abzuschwächen oder aufzuhalten und daraus entstehende, möglicherweise irreversible Umweltschäden zu verhindern. Dringendes Handeln sei geboten. Außerdem habe man die Begründung aus dem Beschlusstext herausgenommen und in den Begründungsteil verschoben. Den ursprünglichen Antrag ihrer Fraktion ziehe sie zurück.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) verdeutlich, dass durch die Ausrufung des Klimanotstandes keine Grundrechte oder Gesetze eingeschränkt würden. Es handele sich vielmehr um eine Selbstverpflichtung der Städte und Gemeinden, sich bei allen Entscheidungen strikt an Grundsätze der Umweltverträglichkeit zu halten und die ökologischste Lösung umzusetzen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) verliest die Rednerliste und stellt einen Antrag auf Schließung dieser Liste, woraufhin sich einige zusätzliche Redner melden. Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt daraufhin die Frage, was man als Aufgabe des Kreistages begreife. Er halte es gegenüber der Öffentlichkeit nicht für vertretbar, dass stundenlang über einzelne Themen beraten werde, während Anträge, die seit dem Sommer auf der Tagesordnung stünden, vertagt werden müssten. Dies sei auch eine Frage der Disziplin. Er fordert den Kreistag auf, fraktionsübergreifend an der Effizienz des Sitzungsablaufes zu arbeiten. Er lässt über den Antrag auf Schluss der Rednerliste abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

58 Ja-Stimmen (19 CDU, 8 SPD, 11 B90/Die Grünen, 8 FWG, 6 AfD, 3 DIE LINKE, 3 fraktionslos) 3 Nein-Stimmen (SPD)

5 Neil Stilliner (SLD)

7 Enthaltungen (4 FDP, 3 SPD)

Abgeordneter Niggemann (AfD) führt aus, dass es in allen Anträgen um die Rettung der Erde gehe. Deutschland habe seine Emissionen seit 1990 um mehr als 30 % reduziert. China hingegen habe im vergangenen Jahr erstmals mehr CO2-Emissionen produziert, als alle Industrieländer zusammen. Man habe schwerwiegende Umweltprobleme, die eine große Bedrohung für die menschliche Gesellschaft darstellten. Steigende Bevölkerungszahlen seien dabei wesentlicher Faktor für steigende CO2-Emissionen. Klimaschutzmaßnahmen zur Gegensteuerung seien richtig, dürften aber nicht dazu führen, dass z. B. aufgrund der Energiewende gestiegene Energiekosten nicht mehr getragen werden könnten.

Abgeordneter Irmer (CDU) stellt fest, dass es dazu schon einen Kreistagsbeschluss gebe, was die Frage aufwerfe, warum dieser erneuert werden solle. Weiter stelle sich die Frage, wie der Landrat die Kommunen bei der Umsetzung unterstützen könne, da die Kommunen am besten wüssten, was zu tun sei. Die Klimaveränderung werde nicht bestritten und niemand wolle sorglos mit endlichen

Ressourcen umgehen. Seine Fraktion stehe für die Bewahrung der Schöpfung und Nachhaltigkeit und man müsse das Mögliche dazu beitragen. Über Ursachen und Wege gebe es verschiedene Auffassungen, was akzeptiert werden solle, statt Hysterie walten zu lassen. Er sehe einen menschengemachten Einfluss auf das Klima. Aber auch Änderungen der Sonnenbahn der Erde und Erdneigung bedingten Klimaerwärmung, was wissenschaftlich belegt sei (1958, NASA). Er frage sich zudem, ob man dazu in der Lage sei, mit regenerativ erzeugten Energien den Industriestandort Deutschland auf Dauer zukunftsfest zu machen.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) trägt vor, dass der Anstieg der CO2-Emissionen, welcher durch die Industrialisierung bedingt werde, einen wesentlichsten Einfluss auf das Weltklima habe. Auch als Kommune sei man verpflichtet, etwas für die Umsetzung der Verträge von Paris zu tun. Überall, wo es möglich sei, wolle man daher klimaschonend sein. Er nennt Planung, Vergabe und Beschaffung. Er bedankt sich beim Klimaschutzbeauftragten Dorsten, der eine tolle Arbeit mache. Einen Notstand, wie er von der Fraktion DIE LINKE ausgelegt werde, wolle er nicht. Man arbeite stattdessen auf sachlicher Ebene mit der Verwaltung.

Abgeordneter Grüger (SPD) verweist auf die Unterzeichner des Pariser Abkommens, die alle der Wissenschaft folgend erkennen würden, dass dringend etwas getan werden müsse. Der Lahn-Dill-Kreis befinde sich schon seit langem auf einem guten Weg, auch dank der guten Arbeit des Klimaschutzmanagers Dorsten. Die aktuellen massiven Energiepreissteigerungen hätten überhaupt nichts mit der Energiewende zu tun. Es läge vielmehr an massiven Kostensteigerungen fossiler Energien. Erneuerbare Energien sollten daher ausgebaut werden.

Abgeordneter Wagner (AfD) sieht es als unerheblich an, ob man den Begriff Klimanotstand oder Klimanotlage verwende. In der Eiszeit habe man das bereits gehabt. Das anschließende Schmelzen des Eises habe einen Anstieg des Meeresspiegels verursacht. Dies bringe die Bevölkerung nicht dazu, viel Geld für den Klimaschutz auszugeben. Wissenschaftliche Arbeit sei vielmehr gefragt. Daher sei z. B. wichtig, das richtige Basisjahr zu definieren. Der Klimawandel gehöre zur Erdgeschichte. Zu klären sei der Zusammenhang zwischen Bevölkerungszunahme und Temperaturanstieg. Wissenschaft dürfe aber das Ergebnis nicht vorgeben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, tritt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** in die Abstimmung ein. Da die Fraktion B9o/Die Grünen ihren Antrag zurückgezogen habe, zieht die Fraktion DIE LINKE diesen von ihr übernommenen Antrag auf Nachfrage ebenfalls zurück. **Vorsitzender Volkmann (CDU)** lässt daher über den verbleibenden Alternativantrag der Koalitionsfraktionen abstimmen:

Beschluss:

Alternativantrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP:

- 1. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes mit Priorität weiterzuentwickeln und die Ziele, Maßnahmen und Aktivitäten stärker zu konkretisieren. Dabei ist die Prämisse der Klimaneutralität in allen Aufgabengebieten des Kreises, insbesondere bei Planung, Beschaffung und Vergaben zu berücksichtigen.
- 2. Der Kreistag bitten den Landrat, für mehr Klimaschutz in den Kommunen zu werben und sie bei der Umsetzung zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

45 Ja-Stimmen (17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos) 26 Nein-Stimmen (19 CDU, 6 AfD, 1 fraktionslos)

o Enthaltungen

Zu TOP 8.

Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes Antrag der CDU-Fraktion vom 28.07.2021

Abgeordneter Herr (CDU) führt aus, dass man sich in einer pandemischen Lage mit eingeschränkten Öffnungszeiten befinde und die Möglichkeiten der Technik umso stärker nutzen solle. Das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs (OZG) verpflichte Bund, Länder und Kommunen bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen digital anzubieten. Betroffen seien aktuell 575 Verwaltungsdienstleistungen. Für die Umsetzung bleibe nicht mehr viel Zeit. Man wolle daher in den Prozess mit eingebunden werden.

Landrat Schuster (SPD) empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen, da er begründet und berechtigt sei. Man habe dem Kreistag unterjährig berichtet und eine Digitalisierungsstrategie beschlossen. Er sei bereit, im Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschuss zu berichten. Es handele sich um ein komplexes Thema und arbeite zusammen mit dem Land Hessen und der Ekom21.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Sachstandsbericht im Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschuss zum derzeitigen Stand der bis spätestens Ende 2022 durchzuführenden Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) vorzulegen. Dieser Bericht soll einen Zeitplan für die Umsetzung des OZG enthalten und über die folgenden Fragen und Gesichtspunkte Auskunft geben:

- Welche Verwaltungsleistungen des Lahn-Dill-Kreises werden nach Umsetzung des OZG rein digital zur Verfügung stehen? Wie wird sich der Personalbedarf dadurch voraussichtlich entwickeln?
- Welche Fördermittel wurden in diesem Zusammenhang (etwa über das Programm "Starke Heimat Hessen") beantragt?
- Wurde bislang die sog. "Digitalisierungsberatung" der ekom21 in Anspruch genommen? Falls nein: Ist dies in Zukunft geplant?

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, o Enthaltungen

Zu TOP 9.

Hochwasserschutz für die Bevölkerung Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 16.08.2021 A-24/2021

Abgeordneter Scholl (SPD) verbindet mit dem Antrag auch einen Dank an die Helferinnen und Helfer, gerade auch aus dem Lahn-Dill-Kreis, die in den Hochwassergebieten geholfen haben. Er nennt DRK, Malteser Hilfsdienst, Feuerwehr und andere. Gern wolle man die Erfahrungsberichte und Einschätzungen einfließen lassen, um daraus für den Lahn-Dill-Kreis Schlüsse zu ziehen. Starkregenereignisse seien nicht neu. Die Aar Talsperre sei eine Konsequenz daraus. Die Planzahlen (Jahrhundertwerte) seien jedoch nicht mehr gültig und überarbeitungsbedürftig. Verwaltung könne aber nicht alles allein machen. Man sei vielmehr auf eine vorsorgende Bevölkerung angewiesen und hoffe auf eine ehrenamtliche Mitwirkung in den Hilfsdiensten, um im Katastrophenfall helfen zu können.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) hält die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements ebenfalls für ein wichtiges Signal. Seine Fraktion stelle einen Änderungsantrag, da im letzten Jahr

festgestellt worden sei, dass die Abdeckung und der technische Zustand der Sirenenanlagen im Kreisgebiet nicht ideal seien.

Vorsitzender Volkmann (CDU) bemerkt, dass im Anhang des Antrages der Koalitionsfraktionen unter Punkt 4 der Einsatz örtlicher Sirenen enthalten sei.

Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen) erinnert an die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 mit vielen Toten und apokalyptischen Bildern der Zerstörung, die schockiert hätten. Die Klimakrise sei deutlich sichtbar im Land angekommen. Die bestehenden Fragen seien im Umweltausschuss beantwortet worden. 2020 habe es einen Probealarm gegeben, der misslungen sei, was man weiterverfolgen müsse. Die Gründung des Hochwasserzweckverbandes laufe zäh, da die Kommunen ausufernde Kosten befürchteten. Die Dinge im Alleingang zu regeln, werde jedoch teurer werden oder nicht funktionieren. Hochwasserschutz sei eine kommunale Aufgabe, müsse aber überregional geplant werden. In der Vergangenheit sei aus Unwissenheit vieles getan worden, was Überschwemmungen gefördert hätte. Man müsse daher umdenken. Im geplanten Regionalplan heiße es daher "Retention vor Rückhaltebecken". Hochwasserschutz umfasse ein Bündel von Maßnahmen. Sie nennt die Entsiegelung von Flächen, die Renaturierung von Flüssen und Bächen, die Wiederansiedlung des Bibers, der Schutz oder die Schaffung von Überschwemmungsgebieten und die Wiederaufforstung.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) teilt mit, dass das Land Hessen hessenweit 2,9 Mio. € für die Sirenenanlagen zur Verfügung stelle. Davon gingen rund 137.000 € an Städte und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis. Den Antrag befürworte sie. Nicht enthalten sei allerdings, wie es mit der kritischen Infrastruktur aussehe. Man solle außerdem einen Blick auf den Hochwasserrisikomanagementplan für Lahn und Dill werfen. Sie bedankt sich für den Bericht beim Kreisbrandinspektor, der ausführlich im Ausschuss berichtet habe. Auch schließt sie sich dem Dank an die Helferinnen und Helfer in den Einsatzgebieten, gerade auch aus dem Lahn-Dill-Kreis, an. Die Gründung des Hochwasserzweckverbandes müsse vorangehen, da es ein wichtiges Thema für die Kommunen sei. Es gebe aber noch Regelungsbedarf, etwa hinsichtlich des Umgangs mit Kommunen, die aus dem Hochwasserzweckverband austreten wollten.

Abgeordneter Wagner (AfD) sieht in dem Antrag populistische Ziele. Die durchgeführten Maßnahmen des Hochwasserschutzes in und um Wetzlar halte er für angemessen und ausreichend. Es gebe inzwischen weniger Überschwemmungen an Lahn und Dill als vor 50 Jahren, und nicht umgekehrt. Dies liege an eingerichteten Rückhaltebecken. Starkregen sei eine Wettererscheinung, die vom Menschen nicht beherrscht werden könne. Er verweist auf den Zusammenhang zwischen Bevölkerungszuwachs und Klimaveränderungen. Daher halte er es nicht für sinnvoll, wenn Deutschland mehr Bevölkerung aufnehme und neue Wohngebiete baue.

Abgeordnete Kunz (SPD) spricht die Aussage zum Bevölkerungszuwachs und Wohngebieten an und fragt, wie er dazu stehe, wenn Deutsche Kinder bekommen würden. **Abgeordneter Wagner (AfD)** gesteht ein, dass man Wohngebiete brauchen werde. Er halte es aber für besser, wenn in den Kommunen verdichtet werde.

Abgeordneter Ludwig (FWG) schlägt vor, den Antragstext der Fraktion DIE LINKE in den Antrag der Koalition zu übernehmen und fragt, ob diese damit einverstanden sei. Dies bejaht **Abgeordneter Knies (DIE LINKE)**.

Abgeordneter Ludwig (FWG) fährt fort, dass bei der Stadt Solms inzwischen drei Gutachten zum Hochwasserschutz gebe. Im Ergebnis sei es sinnvoll, Entsiegelungsmaßnahmen zu treffen und Retentionsmaßnahmen im Wald durchzuführen. Für den Hochwasserschutz helfe dies jedoch nicht, da die Hochwasserspitze lediglich um 3% bis 5% gebrochen werden könne. Wenn man ernsthaft Hochwasserschutz betreiben wolle, müsse man ein Becken bauen. Die Wirksamkeit von

Rückhaltebecken habe allerdings Grenzen, wie sich im Aartal gezeigt habe. Er bedaure, dass man bis heute keinen Hochwasserzweckverband habe. Es sei daher zwingend erforderlich, auf diesem Gebiet gemeinsam weitere Wege zu gehen.

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Schreiber (Bgo/Die Grünen) berichtet, dass man von einer Kommune zur nächsten reise, um das Vorhaben "Zweckverband" zu erläutern. Die meisten sähen eine Notwendigkeit, sich zu engagieren. Er sehe den Prozess nicht als zäh an, auch wenn Fragen gestellt würden. Das Thema Beitragsschlüssel werde noch weiterhin begleiten. Derzeit werde die Satzung zusammen mit der Rechtsabteilung erarbeitet. Sie werde im Anschluss schnellstmöglich den Kommunen vorgelegt. Er werde dies im Ausschuss vertiefen.

Abgeordneter Scholl (SPD) weist den seitens der AfD-Fraktion erhobenen Vorwurf des Populismus entschieden zurück. Man habe in der Naturkatastrophe des letzten Jahres gemerkt, dass das Wissen, das man in den Verwaltungen unterschiedlicher Ebenen habe, dringend der Überarbeitung bedürfe. Starkregenereignisse stellten sich mittlerweile anders dar als früher, und man müsse damit umgehen. Er nennt die Überarbeitung gemeinsamer Gefahrenabwehrpläne, auch länderübergreifend. Hierzu gehörten die Sirenen, der Materialeinsatz und die Definition des Katastrophenfalles. Schließlich gehe es auch um den Selbstschutz der Bevölkerung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der Fraktionen SPD, B9o/Die Grünen, FWG und FDP, ergänzt durch den Änderungsantrag der Faktion DIE LINKE, abstimmen:

Beschluss:

Antrag der Fraktionen SPD, B9o/Die Grünen, FWG und FDP, ergänzt durch den Antrag der Fraktion DIE LINKE:

- 1. Der Kreisausschuss wird gebeten, über Schutzmaßnahmen des Landkreises bei langanhaltenden Starkregenereignissen zu berichten.
- 2. Der Kreisausschuss wird darüber hinaus gebeten, über den technischen Zustand, die Abdeckung und die Modernisierungsmaßnahmen der Sirenenanlagen im Kreisgebiet im zuständigen Ausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

64 Ja-Stimmen (19 CDU, 17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos) 7 Nein-Stimme (6 AfD, 1 fraktionslos)

o Enthaltungen

Vorsitzender Volkmann (CDU) unterbricht die Sitzung für eine Lüftungspause und beruft den Ältestenrat ein.

Zu TOP 10.

Vorrang des Sachleistungsprinzips bei zur Ausreise verpflichteten Ausländern Antrag der AfD-Fraktion vom 19.08.2021

A-23/2021

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass er den Ältestenrat gebeten habe, zuzustimmen, dass man nach § 18 der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung abweichend länger als 4 Stunden tagen werde. In der nächsten Sitzung des Ältestenrates werde man festlegen, wie lang man insgesamt tagen werde. Er begründet dies mit dem langen Antragsüberhang auf der Tagesordnung und erhofft einen substantiellen Fortschritt in deren Abarbeitung. Er lässt über den beschriebenen Geschäftsordnungsantrag auf Abweichung von der grundsätzlichen Sitzungsdauer abstimmen:

<u>Abstimmungsergebnis:</u> Einstimmig zugestimmt, 2 Enthaltungen

Abgeordnete Niggemann (AfD) verdeutlicht, dass es im Antrag nicht um Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Konvention oder Personen, die subsidiären Schutz erhielten, gehe, sondern um Personen, die keinen rechtmäßigen Aufenthaltstitel in Deutschland hätten und zur Ausreise verpflichtet seien. Der Kreis habe in 2020 fast 1,5 Mio. € Sozialhilfe für diese Personengruppe bezahlt. Bei Ausgaben für Personen, die zur Ausreise verpflichtet seien, solle daher ein strenger Maßstab gelten. Sachleistungen an Stelle von Geldleistungen seien ein geeignetes Mittel, damit diese ihrer Ausreisepflicht nachkommen würden.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) trägt vor, dass dezentral untergebrachte Geflüchtete ohne Geldleistung nicht überleben könnten, da es kein Gemeinschaftsessen gebe. Mobile Essensverteiler und Kleiderkammern sehe sie wegen des immensen bürokratischen Aufwandes nicht als Lösung an. Die Gründe für Asylsuchende seien aus ihrer Sicht nicht der finanzielle Anreiz, sondern oftmals Klimawandel und Hunger. Sie erhielten meist kein Aufenthaltsrecht, hätten aber dennoch ein Recht auf Schulbildung, medizinische Behandlung, dezentrale Unterbringung und finanzielle Hilfe. Viele Flüchtlinge würden jedoch dem diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetz unterstehen, das Wohnheimunterbringung, Sachleistung, Arbeitsverbot und Einschränkung der Freizügigkeit bedeute. Sie fordere Integrationsmöglichkeiten für alle Geflüchteten, unabhängig von deren Bleibeperspektive.

Abgeordnete Garotti (Bgo/Die Grünen) informiert, dass der grundsätzliche Vorrang von Sachleistungen für Geflüchtete in Aufnahmeeinrichtungen im Asylbewerberleistungsgesetz festgeschrieben sei. Für Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel, außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen, sei die Anwendung des Sachleistungsprinzips gesetzlich möglich, soweit es mit vertretbarem Verwaltungsaufwand durchführbar sei. Bei den seitens der AfD-Fraktion angesprochenen Sozialleistungen an zur Ausreise Verpflichtete i.H.v. 1,5 Mio. € dürfe nicht verschwiegen werden, dass es sich bei dem überwiegenden Teil dieser Leistungsempfänger um Geduldete handele, deren Ausreisepflicht aus gutem Grund ausgesetzt worden sei. Artikel 1 und 20 des Grundgesetzes verlangten, dass das menschenwürdige Existenzminimum einschließlich der sozialen Teilhabe in jedem Fall und zu jeder Zeit sichergestellt sein müsse. Auch das sozio-kulturelle Existenzminimum im Asylbewerberleistungsgesetz als Sachleistung auszugeben, wie im Antrag gefordert, würde zu einer vollständigen Entmündigung und Entrechtung der Betroffenen führen. Auch gehe es mit einem deutlich erhöhten Verwaltungsaufwand einher und sei daher abzulehnen. Die überwiegende Zahl der Schutzsuchenden komme aus Kriegs- oder Krisengebieten. Die Annahme, dass Geldleistungen einen Anreiz für die Flucht darstellten, verhöhne sie.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) führt aus, dass Leistungen für den notwendigen Bedarf an Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Aufnahmeeinrichtungen möglichst durch Sachleistungen gedeckt werden sollten. Diesem Prinzip werde bei der Aufnahme von Personen in die hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen hinsichtlich Unterbringung und Lebensmittelversorgung Rechnung getragen. Ausgezahlt werde lediglich das Taschengeld. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz würden in den notwendigen Bedarf (physisches Existenzminimum: 194 € mtl.) und in einen notwendigen persönlichen Bedarf (soziales Existenzminimum "Taschengeld": 150 € mtl.) unterteilt. Die Unterkunft werde grundsätzlich als Sachleistung gewährt (warm und möbliert). Da der Lahn-Dill-Kreis keine bewirtschafteten Unterkünfte betreibe, sei der tägliche Bedarf an Lebensmitteln und Gebrauchsgütern selbst zu beschaffen, so dass der Gesamtbedarf ausgezahlt werde. In der Anfrage der AfD-Fraktion vom 22.05.2021 sei der Focus auf die Ausgaben gelegt worden. Die festgelegte pauschalierte Erstattung durch Bund und Land erfasse aber auch abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber für einen Zeitraum von bis zu 3 Jahren ab der ausländerrechtlichen Entscheidung. Hier würden dem Lahn-Dill-Kreis monatlich 865 € pro

Person erstattet. 2021 seien 70 Personen aus der Pauschalzahlung herausgefallen, so dass er die Antragsablehnung unterstütze.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, den Vorrang des Sachleistungsprinzips bei zur Ausreise verpflichteten Ausländern konsequent und unter Anlegung eines strengen Maßstabs umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen 7 Ja-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos) 64 Nein-Stimmen (19 CDU, 17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos) o Enthaltungen

Zu TOP 11.

Brandschutz Werner-Best-Haus Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2021

Die Abgeordneten Böcher (SPD), Kunz (SPD), Scholl (SPD) verlassen die Beratung.

Abgeordneter Irmer (CDU) berichtet von einer großen Segelflugveranstaltung in Eschenburg (geplant für 500 Personen), bei der es Probleme mit dem Brandschutz gegeben habe. Wegen der Risikobewertung sei seitens des Brandschutzes eine Unterlegung der Vereinshalle mit Holzbindern gefordert worden, was für den Verein mit zusätzlichen Materialkosten i.H.v. 100.000 € verbunden gewesen wäre, obwohl die Halle über eine sehr breite und hohe Tür verfüge. Der Verein habe andere Lösungen vorgeschlagen, die abgelehnt worden seien.

Abgeordnete Klement (B9o/Die Grünen) fragt, was die Ausführungen mit dem Antrag zu tun hätten.

Abgeordneter Irmer (CDU) antwortet, dass man dies am Ende verstehen werde und fährt fort. Weitere Brandschutzsachverständige seien eingeschaltet worden, die die vom Kreis geforderten Maßnahmen als unverhältnismäßig bewertet hätten. Man hätte dem Verein mit Fingerspitzengefühl helfen können. Er nennt weitere Beispiele von Baumaßnahmen von Unternehmen, wo die seitens des Brandschutzes geforderten Brandschutzkonzepte und Investitionsmaßnahmen nicht mehr darstellbar seien. Im Kontrast dazu habe er den Brief einer Bewohnerin des AWO-Heimes im Werner-Best-Hauses in Asslar erhalten, die sich über eine Auflage beschwert habe, wonach Kleinmöbel und Sitzmöbel im Flur, beseitigt werden müssten. Vom zuständigen Wohnungsbauunternehmen habe er erfahren, dass der Kreis nach Fertigstellung des Hauses einen Bauabnahmeschein ausgestellt habe. Vorgegebene Brandschotts seien jedoch nie eingebaut worden. Weiter liege eine Abnahmebestätigung des Kreises über eine Brandmeldeanlage vor, die es nie gegeben habe. Nach dem Betreiberwechsel sei umgehend eine Gefahrenverhütungsschau erfolgt, die dazu geführt habe, dass nun Brandschutzmaßnahmen i.H.v. 100.000 € durchzuführen seien. Die sich ergebenden Fragen sollten im Haupt-, Finanz-, Wirtschaftsund Organisationsausschuss geklärt werden. Andernfalls werde man einen Akteneinsichtsausschuss beantragen.

Abgeordneter Ludwig (FWG) schlägt vor, die Angelegenheit im Bauausschuss zu besprechen. Das Maß des allgemeinen Verwaltungshandeln der Abteilung Brandschutz werde in Frage gestellt, was

er bedauert. Denn seiner Erfahrung nach, hätten Maßnahmen bei Überprüfung in der Regel einen triftigen Grund, der lediglich durch den Petitionär nicht eingesehen werde. Er sei auch ärgerlich, dass man sich im Bauausschuss mit Verwaltungshandeln befasse, das 20 bis 30 Jahre zurückliege. Er gehe davon aus, dass dies in der Sache nicht weiterhelfen werde, da die betreffenden Personen nicht mehr beim Kreis beschäftigt seien. Man werde sich dem aber nicht verschließen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) führt aus, dass es sich um einen Vorgang aus 1990 handele. Es sei fraglich, ob man heute noch etwas daran ändern könne. Man werde es jedoch im Ausschuss besprechen. Mit dem Antrag würden die Personen, die für den Brandschutz arbeiteten, persönlich niedergemacht. Sie seien jedoch Bestandteil der Verwaltung, wo der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung herrsche. Er informiert, dass man zurzeit Ärger bei der Unterbringung von Flüchtlingen habe. Wohnungsmöglichkeiten, die man vor ein bis zwei Jahren noch gehabt habe, dürften nicht mehr genutzt werden, weil das Land Hessen diese nach der Hessischen Bauordnung als Sonderbauten einstufe. Diese benötigten ein neues Brandschutzkonzept. Wenn ein solches gefordert werden, liege das somit nicht am Lahn-Dill-Kreis und die Vorwürfe seien falsch.

Vorsitzender Volkmann (CDU) unterbricht den Ersten Kreisbeigeordneten Esch (FWG). Der Erste Kreisbeigeordnete erklärt jedoch, dass er jetzt das Wort habe und setzt seine Rede weiter fort. Vorsitzender Volkmann ruft ihn hierfür zur Ordnung und stellt klar, dass auf das Zeichen des Kreistagsvorsitzenden grundsätzlich alle Redner ihre Ausführungen zu unterbrechen haben. Dies gelte auch für die Mitglieder des Kreisausschusses. Er bittet die Redner des Kreistages, sich ebenfalls in der Wortwahl zu mäßigen und auf eine Sachebene zurückzukehren.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) stimmt dem zu. Dies müsse dann aber für alle gelten. Er fährt fort, dass man nicht gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen könne, um von brandschutztechnischen Auflagen abzusehen. Er schlägt vor, einen Vertreter des Brandschutzes in den Bauausschuss einzuladen, um alle angesprochenen Punkte zu klären, denn es sei für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung unbefriedigend, wenn ihnen Vorwürfe gemacht würden, die nicht der Wahrheit entsprechen.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) trägt vor, dass der Brandschutz des Kreises weit über die Kreisgrenzen hinaus bekannt sei. Es gebe bei allem Handeln auch menschliches Ermessen, dass im Kreis zumindest in der Vergangenheit zum Nachteil von Vereinen und Unternehmen ausgelegt werde. Er sei der Ansicht, dass nicht alles mit Recht und Gesetz abgelaufen sei.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass der Vorwurf, dass etwas nicht nach Gesetz und Recht ablaufe, in dieser Schärfe ehrenrührig sei. Er erteile dem Abgeordneten Bellinghausen (AfD) daher einen Ordnungsruf.

Abgeordneter Ludwig (FWG) macht deutlich, dass er in seinem Wortbeitrag einen Antrag auf Verweis in den Bauausschuss habe stellen wollen. **Vorsitzender Volkmann (CDU)** lässt darauf hin über den Antrag auf Verweis in den Bauausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt, o Enthaltungen in einen Ausschuss (Bauausschuss) verwiesen

Zu TOP 12.

Fair Trade Produkte Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2021 A-28/2021 Abgeordnete Lenzer (CDU) teilt mit, dass die Stadt Wetzlar seit Mai 2016 Stadt des fairen Handelns sei. Aufgrund eines Stadtverordnetenbeschlusses seien Gastronomie, Schulen, Kirchen, Vereine und der Einzelhandel für den Einsatz von Fair-Trade-Produkten gewonnen werden. Erfreulich sei, dass auch der Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises Teil der Kampagne sei. Daher wolle man erfahren, welche und wie viele solcher Produkte in der letzten Wahlperiode eingesetzt worden seien, und den Einsatz weiterer Produkte, z. B. in Schulen oder Kindertagesstätten prüfen. Fairer Handel garantiere in Produktionsgemeinschaften in Afrika, Asien und Lateinamerika existenzsichernde Löhne, stabile Preise und langfristige Handelsbeziehungen und somit eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Sie würden z. B. in "Eine Welt-Läden" betrieben.

Abgeordneter Brockhoff (Bgo/Die Grünen) unterstützt das Ziel des Antrages und fordert eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Produktionsbedingungen. Die Koalitionsfraktionen wollten den Antrag daher erweitern, da auch die Produkte aus regionaler und ökologischer Herstellung gekauft würden. Dies fördere heimische Herstellerbetriebe, spare Transportwege und schütze damit das Klima. Ökologische Produkte wiederum förderten die artgerechte Tierhaltung und transparente Herstellungsmethoden. Sie seien klimafreundlich und nachhaltig.

Abgeordneter Harapat (fraktionslos) schließt sich dem Antrag der Koalitionsfraktionen an und ergänzt mit seinem Antrag, dass darauf zu achten sei, dass es sich nicht um sogenannte biologischdynamische Produkte aus anthroposophischer Landwirtschaft handelt. Er verliest die Antragsbegründung.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) berichtet von der Kleinmarkthalle in Frankfurt, wo sie ein regionales Bio-Produkt von "Lebe Gesund" gekauft habe und dabei auf eine Sekte gestoßen sei. Hinter den beliebten und friedfertigen Produkten stehe eine weniger friedfertige Ideologie der Glaubensgemeinschaft "Universelles Leben", also einer Sekte mit totalitärer Struktur. Daher unterstütze sie auch den Ergänzungsantrag des Abgeordneten Harapat (fraktionslos).

Abgeordneter Wagner (AfD) teilt mit, dass seine Fraktion für ein marktwirtschaftliches Konzept stehe und planwirtschaftliche Eingriffe ablehne. Fair Trade habe einen gleichberechtigten Platz im Staat und in der Gesellschaft und dürfe beworben werden. Aber es könne nicht sein, dass es nur das eine Produkt oder System sein dürfe. Man brauche in der Wirtschaft Vielfalt.

Abgeordneter Berns (FDP) lehnt den Ergänzungsantrag ab, auch wenn er persönlich Sympathie dafür habe, weil man nicht die Begründung beschließe. Ko-Kriterien, die keinen Einfluss auf die geforderten Kann-Kriterien haben, spielten keine Rolle. Die in der Begründung geschilderte Situation werde aus seiner Sicht von der Verbraucherfreiheit gedeckt. Er verdeutlicht außerdem, dass es im Änderungsantrag der Koalition ausschließlich um den Zuständigkeitsbereich des Kreises gehe. Zu den "Eine Welt-Läden" sagt, er, dass diese unterschiedliche Strukturen hätten. Dort zu kaufen, sehe er nicht als Kernaufgabe des Kreises an.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) teilt mit, dass es im Antrag nicht um Sekten in Frankfurt gehe und man werde damit nicht in den Markt eingreifen. Man wolle vielmehr heimische "Eine Welt-Läden" durch Fair-Trade Produkte unterstützen. Es sei nicht die Absicht des Antrages gewesen, bioregionale Produkte einzuführen, auch wenn dies prinzipiell begrüßenswert sei. Sie wundert sich, dass die FDP-Fraktion mit der Beschränkung auf ausschließlich ökologische Produkte einverstanden sei, da man auf Landesebene sowohl die biolandwirtschaftlichen Betriebe als auch die konventionellen Betriebe stärken wolle. Da man im Kreis auch einige konventionelle landwirtschaftliche Betriebe habe, müssten beide Betriebsarten gleichbehandelt werden. Darum gehe es im Antrag aber nicht.

Abgeordnete Esch (FWG) führt aus, dass es keine Planwirtschaft geben werde, sondern Aufklärung zu fairen Produkten. Hinter fairem Handel würden sich faire Preise für die Produzenten, sichere

Arbeitsbedingungen, keine Kinderarbeit, umweltschonende Herstellung, Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge verbergen. Stiftung Warentest und Verbraucherzentralen hätten diese Produkte als vertrauenswürdig eingestuft. Es gebe verschiedene Siegel für Produkte aus fairem Handel, wie z. B. das Naturland-Fair-Siegel, Fair-Trade-Siegel, Hand-in-Hand-Siegel, Rain-forest-alliance certified-Label, UTZ-certified-Siegel und das GEPA-Fair-Plus-Siegel. Sie bewertet diese. Es sei wichtig, dass diese Produkte auch fair zur Umwelt seien und auch ein Biolabel hätten. Sie müssten eine unabhängige Kontrolle und eine Transparenz in den Lieferketten haben. Sie schlägt vor, dass fair gehandelte Produkte nicht nur in öffentlichen Einrichtungen verwendet würden, sondern dass auch die Kreistagsabgeordneten privat mit gutem Beispiel vorangingen. Den Ergänzungsantrag lehne sie ab, da Vorgehensweisen bei Demeter nicht nachvollziehbar seien. Demeter verfüge jedoch über die höchsten Öko-Standards.

Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen) spricht die auch von DIE LINKE angesprochenen QL-Produkte an. Produkte, die von Ideologien belastet seien, wolle man nicht. Zum Ergänzungsantrag sagt sie, dass biologisch-dynamische Produkte aus anthroposophischer Landwirtschaft aber durchaus gute Produkte sein könnten, so dass es falsch sei, sie nicht zu kaufen. Demeter gelte als der Mercedes unter den Bio-Siegeln. Es werde dort stärker auf das Tierwohl geachtet. Sie verwendeten strengere Kriterien als das EU-Bio-Siegel, aber auch unwissenschaftliche Methoden. Diese Methoden, die vorgeworfen würden, schadeten nicht.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) fragt, was die Demeter-Bedingungen im Bereich der Tierhaltung von denen bei Bioland oder anderen Verbänden unterscheide. Abgeordnete Klement (B9o/Die Grünen) möchte dies nachreichen, da es zu weit führen werde, dies noch auszuführen.

Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen) fährt fort, dass Demeter den höchsten Standard in Sachen Tierhaltung und Pflanzenschutz aufweise. Es könne dann egal sein, ob Kuhmist in Kuhhörner gestopft und vergraben werde. Wenn der Preis stimme, könne der Kreis auch auf solche Produkte zurückgreifen.

Abgeordneter Irmer (CDU) verdeutlicht, dass man ein Zeichen für Fair-Trade setzen wolle. Auch privat kaufe er in "Eine Welt-Läden" und habe erfahren, dass man sich freuen würde, wenn die Kommunen in ihrer Gesamtheit verstärkt dort nachfragen und einkaufen würden. Da es richtig sei, diesen Weg des Fair-Trade einzuschlagen, wolle man auf lokaler Ebene mit gutem Beispiel vorangehen und ein Signal setzen. Die Ergänzung um ökologische und lokale Produkte sei für ihn ohnehin unstreitig. Er schlägt vor, den Beschusstext des Koalitionsantrages als ersten Satz dem Beschlusstext des Antrages seiner Fraktion voran zu stellen. Hiermit erklären sich die Koalitionsfraktionen einverstanden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** zunächst über den Änderungsantrag des **Abgeordneten Harapat (fraktionslos)** abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen 4 Ja-Stimmen (2 fraktionslos, 1 AfD, 1 DIE LINKE) 54 Nein-Stimmen (15 CDU, 15 SPD, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 2 AfD, 4 FDP) 3 Enthaltungen (2 SPD, 1 B90/Die Grünen)

Anschließend lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion, geändert durch den Antrag der Fraktionen SPD, B9o/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

Antrag der CDU-Fraktion, geändert durch den Antrag der Fraktionen SPD, B9o/Die Grünen, FWG und FDP:

Der Kreistag wird aufgefordert, im Sinne von "Fair Trade" im Zuständigkeitsbereich des Kreises verstärkt *Produkte aus lokaler und ökologischer Produktion sowie* fair gehandelte Produkte einzu kaufen. "die man beispielsweise in den ortsansässigen "Eine Welt-Läden" erwerben kann. Der Kreisausschuss wird ferner aufgefordert darüber zu berichten, wo fair gehandelte Produkte in der letzten Legislaturperiode (2026 – 2021) eingesetzt wurden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür 57 Ja-Stimmen (15 CDU, 17 SPD, 11 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 2 fraktionslos) 3 Nein-Stimmen (AfD) 1 Enthaltung (DIE LINKE)

Kreistagsvorsitzender Johannes Volkmann (CDU) schließt die Sitzung des Kreistages um 18:00 Uhr und bedankt sich bei den Abgeordneten für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 21.02.2022

gez.

Johannes Volkmann Kreistagsvorsitzender Birgit Klein Schriftführerin



Kreistagsfraktion Lahn-Dill

Eingegangen am:

0 7. Feb. 2022

-Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit-

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Lahn-Dill

An den Kreistagsvorsitzenden Herrn Johannes Volkmann Karl-Kellner-Ring 51 35576 Wetzlar

5. Februar 2022

Änderungsantrag: Zur Verfügungstellung von FFP2-Masken für Schülerinnen und Schüer im Lahn-Dill-Kreis

Sehr geehrter Herr Volkmann,

zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 04.10.2021 stellen wir folgenden Änderungsantrag.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird gebeten, allen Schülerinnen und Schülern an den Schulen im Lahn-Dill-Kreis so schnell wie möglich täglich mindestens eine FFP2-Maske zur Verfügung zu stellen und darüber hinaus auch Ersatzmasken (z.B. auch medizinische Masken) vorzuhalten. Wocle

Begründung:

+ (DU: J Mashle pro

Aus hygienischen Gründen sollten täglich mindestens eine Maske zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus sollen Ersatzmasken für den Fall möglicher Beschädigungen oder Verlustes vorgehalten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Horst Knies

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises



CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill . Moritz-Hensoldt-Str. 24 . 35576 Wetzlar

Herrn Johannes Volkmann Kreistagsvorsitzender Kreishaus Karl-Kellner-Ring 51 35576 Wetzlar

Wetzlar, 07.02.2022

Änderungsantrag

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Änderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag der Koalition auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung aufzunehmen.

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/die Grünen, FWG und FDP wird folgendermaßen geändert:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird gebeten, für alle Schülerinnen und Schüler an den Schulen im Lahn-Dill-Kreis so schnell wie möglich wöchentlich jeweils **fünf kindgerechte** FFP2-Masken zur Verfügung zu stellen und für die Schülerinnen und Schüler in Grundschulen alternativ auch medizinische Masken vorzuhalten.

Begründung:

Die Erweiterung des Dringlichkeitsantrags in oben genannter Form ist nach Meinung der CDU-Fraktion dringend erforderlich. Wir bitten um Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jürgen rmer Fraktionsvorsitzender









Herrn Kreistagsvorsitzenden Johannes Volkmann Karl-Kellner-Ring 51 35576 Wetzlar

04.02.2022

Alternativantrag Klimanotlage

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Volkmann,

Der Kreistag möge beschließen:

- 1. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes mit Priorität weiterzuentwickeln und die Ziele, Maßnahmen und Aktivitäten stärker zu konkretisieren. Dabei ist die Prämisse der Klimaneutralität in allen Aufgabengebieten des Kreises, insbesondere bei Planung, Beschaffung und Vergaben, zu berücksichtigen.
- 2. Der Kreistag beauftragt den Landrat, für mehr Klimaschutz in den Kommunen zu werben und sie bei der Umsetzung zu unterstützen.

Begründung:

Die Erde befindet sich weltweit in einer Klimanotlage. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zur Erreichung der Pariser Klimaziele mit der Begrenzung der globalen Erderwärmung auf max. 1,5 °C verpflichtet. Die Zielerreichung ist akut gefährdet. Daher sind die Verantwortlichen auf allen Ebenen dazu aufgerufen, mit einer Verstärkung ihrer Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele zu reagieren.

Der Klimawandel und dessen Folgen sind die größte Bedrohung unserer Zeit für die menschliche Gesellschaft und die Artenvielfalt. Die rasante Entwicklung des Klimawandels und die daraus entstehende Zunahme von Naturkatastrophen und Wetterextremen, der Anstieg des Meeresspiegels und die Veränderungen der weltweiten Biotope sind voraussichtlich für Jahrhunderte unumkehrbar. Allein die im vergangenen Jahr aufgetretenen weltweiten Naturkatastrophen, wie die extreme Hitzewelle in Nordamerika, die enormen Waldbrände in der Türkei und in Griechenland und die katastrophalen Überschwemmungen in Deutschland zeigen, dass die Folgen des Klimawandels schneller eintreten, als viele Modelle vorhergesagt haben und dass sie unmittelbare Auswirkungen auf jeden von uns haben. Deshalb müssen auf allen politischen Ebenen die Anstrengungen verstärkt werden, um die schlimmsten Folgen dieser weltweiten Notlage zu begrenzen.

Wir bitten um Zustimmung.

Cirsten Kunz

Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Martina Klement

Vorsitzende der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Jörg Ludwig Vorsitzender der FWG-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Dr. Matthias Büger Vorsitzender der FDP-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises



Fraktion B90/Die Grünen im Kreistag Lahn-Dill Weißadlergasse 9 35578 Wetzlar Tel.06441-45727

Eingegangen am:

17. Jan. 2022

-Kreisgrerrien und Ölfentlichkeitsarbeit-

Wetzlar, den 13.09.2021

im hustag am

B90/DIE GRÜNEN - KT-Fraktion Lahn-Dill, Weißadlergasse 9, 35578 Wetzlar

Kreistagsvorsitzender Johannes Volkmann Kreistag des Lahn-Dill-Kreises Karl-Kellner-Ring 51 35576 Wetzlar

Änderungsantrag Klimanotstand

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag stellt fest, dass die Erde sich weltweit in einem Klimanotstand befindet und dass die Erreichung der Pariser Klimaziele mit der Begrenzung der globalen Erderwärmung auf max. 1,5 °C akut gefährdet ist. Deshalb sind die Verantwortlichen auf allen Ebenen dazu aufgerufen, mit einer Verstärkung ihrer Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele zu reagieren.

- 1. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes mit hoher Priorität zu weiterzuentwickeln und die Ziele, Maßnahmen und Aktivitäten stärker zu konkretisieren. Dabei ist die Prämisse der Klimaneutralität in allen Aufgabengebieten des Kreises, insbesondere bei Planung, Beschaffung und Vergaben, zu berücksichtigen.
- 2. Der Kreistag beauftragt den Landrat, für mehr Klimaschutz in den Kommunen zu werben und sie bei der Umsetzung zu unterstützen.

Bearünduna:

Der Klimawandel und dessen Folgen sind die größte Bedrohung unserer Zeit für die menschliche Gesellschaft und die Artenvielfalt. Die rasante Entwicklung des Klimawandels und die daraus entstehende Zunahme von Naturkatastrophen und Wetterextremen, der Anstieg des Meeresspiegels und die Veränderungen der weltweiten Biotope sind voraussichtlich für Jahrhunderte unumkehrbar. Allein die diesem Jahr aufgetretenen weltweiten Naturkatastrophen, wie die extreme Hitzewelle in Nordamerika, die enormen Waldbrände in der Türkei und in Griechenland und die katastrophalen Überschwemmungen in Deutschland zeigen. dass die Folgen des Klimawandels schneller eintreten, als viele Modelle vorhergesagt haben und dass sie unmittelbare Auswirkungen auf jeden von uns haben. Deshalb müssen auf allen politischen Ebenen die Anstrengungen verstärkt werden, um die schlimmsten Folgen dieses weltweiten Notstands zu begrenzen.

Wir bitten um Zustimmung.

Reiner Dworschak

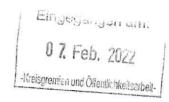
Vorsitzende der Fraktion B90/Die Grünen im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises



Kreistagsfraktion Lahn-Dill

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Lahn-Dill

An den Kreistagsvorsitzenden Herrn Johannes Volkmann Karl-Kellner-Ring 51 35576 Wetzlar



5. Februar 2022

Sehr geehrter Herr Volkmann,

zum Antrag A-24/2021 der Fraktionen SPD, B90/Die Grü nen, FWG und FDP vom 04.10.2021 stellen wir folgenden $\ddot{\rm A}$ nderungsantrag.

Änderungsantrag zu TOP 8 - Hochwasserschutz für die Bevölkerung

Der Kreistag möge beschließen:

- 1. Der Kreisausschuss wird gebeten, über Schutzmaßnahmen des Landkreises bei lang-anhaltenden Starkregenereignissen zu berichten.
- 2. Der Kreisausschuss wird darüber hinaus gebeten, über den technischen Zustand, die Abdeckung und die Modernisierungsmaßnahmen der Sirenenanlagen im Kreisgebiet im zuständigen Ausschuss zu berichten.

Begründung:

Ein Bericht in der WNZ aus dem vergangenen Jahr sowie eine Anfrage der LINKEN-Fraktion (Akt.Z. 22.1-1.75.02) deckten auf, dass es sowohl in technischer Hinsicht als auch in der Frage der Abdeckung aller Dörfer unseres Kreises noch große Baustellen gibt.

Mit freundlichen Grüß en

Hans-Horst Knies

9

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises









Eingegangen am:

2 4. Jan. 2022

-Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit-

Herrn Kreistagsvorsitzenden Johannes Volkmann Karl-Kellner-Ring 51 35576 Wetzlar

13.09.2021

Änderungsantrag Fair Trade Produkte

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im Zuständigkeitsbereich des Kreises verstärkt Produkte aus lokaler und ökologischer Produktion sowie fair gehandelte Produkte zu kaufen.

Begründung:

Der Kreis hat als Käufer eine wesentliche Verantwortung für die von ihm beschafften Produkte. In seinem Zuständigkeitsbereich sollen deswegen vorzugsweise lokal und ökologisch erzeugte Produkte gekauft werden. Dies minimiert Transportwege und stärkt gleichzeitig die heimische Wirtschaft. Für Produkte, die im globalen Süden hergestellt werden, ist es entscheidend, dass sie unter fairen Bedingungen erzeugt und gehandelt werden. Deshalb sind für diese Produktkategorien, sofern möglich, nur Produkte mit entsprechenden Siegeln und Nachweisen in der Lieferkette zu beschaffen.

Wir bitten um Zustimmung.

Cirsten Kunz

Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises Martina Klement

Vorsitzende der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises Jörg Ludwig Vorsitzender der FWG

Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises **Ör. Matthias Büger** Vorsitzender der FDP-Fraktion

im Kreistag des Lahn-Dill-

Kreises



Gruppe im Kreistag Lahn-Dill

Die PARTEI Lahn-Dill • Postfach 1443 • 35524 Wetzlar

Eingegangen am:

2 8. Jan. 2022

-Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit-

Herrn Kreistagsvorsitzender Johannes Volkmann Kreistag Karl-Kellner-Ring 51 35576 Wetzlar

Wetzlar, 26.01.2022

Ergänzungsantrag zum Änderungsantrag "Fair Trade Produkte" der Koalition

Sehr geehrter Herr Volkmann,

wir bitten Sie folgenden Ergänzungsantrag zum Änderungsantrag "Fair Trade Produkte" der Koalition auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung zu nehmen.

Bisheriger Wortlaut:

"Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im Zuständigkeitsbereich des Kreises verstärkt Produkte aus lokaler und ökologischer Produktion sowie fair gehandelte Produkte zu kaufen."

Ergänzung:

"Dabei ist darauf zu achten, dass es sich <u>nicht</u> um sogenannte 'biologisch-dynamische' bzw. 'biodynamische' Produkte aus anthroposophischer Landwirtschaft handelt."

Begründung:

Biologisch-dynamische Landwirtschaft (beispielsweise Demeter) ist eine pseudowissenschaftliche, esoterische Wirtschaftsweise, die auf den Ideen des Hellsehers Rudolf Steiner basiert.

In der Biodynamik finden sich Ansichten aus Astrologie und Homöopathie, Esoterik und Okkultismus – also einer Lehre von verborgenen, unerklärlichen Kräften. Die Anthroposophie als Weltanschauung gibt vor, zusätzliche "höhere Welten" wahrzunehmen. Diese verborgenen Welten mit geheimen Kräften – und selbst unsichtbaren Wesen – sind die Grundlage der Biodynamik.

Das wichtigste Merkmal und das Kernelement von anthroposophischer Landwirtschaft ist die Verwendung von magischen Düngemitteln ("Präparaten"). Diese "Präparate", zum Beispiel Kuhmist, der in Kuhhörner gestopft und vergraben wird, nennt der Anbauverband das "Herzstück" seiner Methode. Die verwendeten Kuhhörner dienen als kosmische Antennen zum Empfang von "astralätherischen Kraftströmungen" (Rudolf Steiner). Der Kuhmist werde dadurch in "geistigen Mist" verwandelt.



Wir sind der Auffassung, dass derartige esoterische Glaubenskonstrukte in Fantasy-Romanen ihren rechtmäßigen Platz einnehmen, aber doch bitte nicht in der Versorgung mit Lebensmitteln. Daher lehnen wir die Unterstützung biodynamischer Landwirtschaft ab und bitten um Zustimmung.

Mit vorzüglichen Grüßen

Dominic Harapat

Kreistagsabgeordneter